

Interview mit Egon Bahr: die Ursprünge der "Neuen Ostpolitik" (Metz, 10. Juni 2006)

Quelle: CVCE.

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_egon_bahr_die_ursprunge_der_neuen_ostpolitik_metz_10_juni_2006-de-ae68ad3b-2f6d-4250-a5f6-8d5b82108e4b.html

Publication date: 04/07/2016



Interview mit Egon Bahr: die Ursprünge der „Neuen Ostpolitik“ (Metz, 10. Juni 2006)

[François Klein] 1960 berief Sie Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, an die Spitze des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, in eine Position, die Sie bis 1966 besetzen sollten. Gemeinsam mit Willy Brandt entwickelten Sie zu jener Zeit die außenpolitischen Gedanken, die die Basis für die spätere neue Ostpolitik der Bundesrepublik bilden sollten. Wie sah Ihre Arbeitsmethode aus und was waren in dieser Periode die wichtigsten Elemente für diesen neuen Ansatz?

[Egon Bahr] Zunächst einmal war völlig klar: Wir fühlten uns in Westberlin potenziell immer bedroht. Außerdem war klar, wir hatten die Erinnerung an den Aufstand 1953, am 17. Juni nicht vergessen. Damals war schon die Überraschung gewesen, dass die drei Mächte zu schwach waren, aber auch besorgt waren, dass die Sowjetunion den Aufstand benutzen würde, vielleicht über den Ostsektor hinaus in die Westsektoren einzudringen. Denn der Aufstand ist nur niedergeworfen worden durch den Einsatz der sowjetischen Panzer. Und ich war damals Chefredakteur des RIAS und weiß noch genau, wie ich zum ersten Mal und einzigen Mal überhaupt eine Weisung von meinem amerikanischen Direktor bekommen habe. Die Aufständischen hatten in mein Büro eine Abordnung geschickt und haben gesagt, der RIAS soll auffordern zum Generalstreik – „in der Zone“ hat man damals noch gesagt. Und wir haben das natürlich nicht machen können, ist völlig klar, ein amerikanischer Sender kann nicht zum Aufstand oder zum Generalstreik im sowjetisch besetzten Gebiet aufrufen. Das konnten wir aber nicht sagen und ich hab denen dann gesagt: „Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!“ Und dann haben sie ihre Forderungen erzählt, dann haben wir uns hingesetzt in meinem Zimmer und haben diese Forderungen in eine vernünftige Reihenfolge und in ein vernünftiges Deutsch gebracht und haben das dann gesendet. Und am Abend des 16. auf den 17. Juni kam dann noch dazu, dass die alle nach Hause gingen und sich verabredet haben, am nächsten Morgen um sechs oder um sieben am Strausberger Platz. Das haben wir auch gesendet. Da kam der amerikanische Direktor mit bebendem Bärtchen und hat gesagt: „Muss sofort unterbleiben!“ Ich sage: „Wieso, wir senden doch nur, was die ...“ „Nein es muss unterbleiben. Angenommen die Russen greifen ein,“ – wusste man ja noch nicht genau, am nächsten Morgen griffen sie dann ein –, „können Sie garantieren, dass die nicht gleich weiterrollen nach Westberlin?“ Ich sage: „Das kann ich nicht garantieren, aber es ist politisch undenkbar.“ Da sagte er: „Wir brauchen nicht weiter zu diskutieren. Der Hochkommissar, Botschafter Dr. Conan hat angerufen und hat mich gefragt, ob denn der RIAS den dritten Weltkrieg beginnen wolle.“ Schluss der Diskussion. Die Sache wurde abgesetzt.

Das hatten wir natürlich alles noch im Kopfe, und die Sorge der Amerikaner, sie seien zu schwach und die Sowjetunion könnte einen „fait accompli“ schaffen, war die eine Seite. Die andere Seite war, was uns damals nicht so klar gewesen ist, nämlich: Es war im Grunde schon in dem Verhalten der drei Mächte 1953 das Status-quo-Denken drin. Das heißt, die Teilung der Stadt, die Teilung des Landes, auch wenn es keine Mauer gab – das wurde dann 1961 nachgeholt. 1961 passierte das, was 1953 in der Theorie passiert war, aber nicht sichtbar war. Man konnte unbehindert zwischen Ost- und Westberlin hin- und hergehen, sich die Haare schneiden lassen, sich verlieben, sich verheiraten und auch arbeiten in beiden Teilen der Stadt, und nun kam diese Situation. Wir waren während der ganzen Zeit natürlich ... Ich war kalter Krieger und war völlig darauf eingestellt ... auf Abwehr. Etwas anderes haben wir nicht gedacht. Und als dann die Mauer gebaut wurde, war es insofern nicht nur ein Schock, weil die drei Mächte dem zusahen, sondern sie haben auch keine Anstrengung, keine Aktion unternommen, um das vielleicht zu verhindern. Sie haben im Gegenteil die Befehle des Innenministers der Deutschen Demokratischen Republik befolgt, die es doch angeblich überhaupt nicht gab und die die drei Mächte auch überhaupt nicht anerkannt haben: nämlich ab sofort nur noch drei Straßen zu benutzen für die alliierten Fahrzeuge, bald nur noch eine, den später sehr berühmt gewordenen Checkpoint Charlie in der Friedrichstraße.

Es wurde noch schlimmer. Wir hatten wundervolle Studenten. Die Studenten haben in Erinnerung an das, was in Algier geschah, gesagt, das, was sie dort können, können wir auch. Wir können mit Plastiksprengstoff umgehen. Wir können das Ding schneller in die Luft blasen, als die es wieder aufbauen können drüben. Und dann bekamen wir im Senat die Weisung, die eigene Polizei einzusetzen zum Schutz der Mauer. Es durfte ja nichts passieren. Das war sehr bitter. Und natürlich gab es in der Folgezeit die Versuche, über die Mauer zu gehen. Und unsere Rechtsposition war, es gibt einen Viermächtestatus. Jeder Bürger kann auf jeder Seite der Straße über die Straße gehen. Und jetzt waren plötzlich drüben Leute, die

trugen unberechtigt Uniform, trugen unberechtigt Waffen – in Berlin war das Waffentragen für die Deutschen verboten – und schossen, wenn unsere Bürger kommen wollten. Das ist ein Verbrechen! Normalerweise ist die Polizei dazu da, Verbrechen zu verhüten. Das heißt, unsere Polizei hätte Feuerschutz geben müssen. Unsere Polizei hätte die Leute freischießen müssen, die kommen wollten. Stattdessen hieß der Schießbefehl bei uns: „Von der Waffe darf nur Gebrauch gemacht werden im Notwehrfalle, im Falle eines direkten Angriffs also, und wenn Schüsse auf unserer Seite einschlagen. Das heißt, normalerweise hätte die Staatsanwaltschaft den Senat vor den Kadi ziehen müssen wegen unterlassener Hilfeleistung. Taten die aber nicht, weil sie genau wussten, das ist das Ergebnis von alliierten Befehlen. Das war die Realität des Kalten Krieges. So. Und nun kam also der Mauerbau und niemand half uns, dieses Ding wegzubringen. Kennedy schrieb an Brandt: „Das ist nur durch Krieg wegzubringen, und Krieg wollen Sie auch nicht.“ Und fügte dann hinzu: „Sie dürfen nicht übersehen, dass die Mauer ein Zeichen ist, das im Grunde für die Idee des Weltkommunismus negativ ist. Wenn man die eigene Bevölkerung einmauern muss, kann man nicht im Prinzip sagen, wir wollen die ganze Welt gewinnen.“

Das haben wir damals, 1961, ein bisschen als Beruhigungspille gesehen, aber im Laufe der Zeit hat sich erwiesen, dass Kennedy Recht hatte. Es war in der Tat diese Mauer eine schreckliche Niederlage, die auch eine Niederlage blieb. Aber das half uns nicht. Wir hatten zu realisieren, dass uns niemand half, die Mauer auch nur durchlässig zu machen. Das heißt, wir kamen zu dem Ergebnis, wenn uns niemand hilft, dann müssen wir anfangen, selbst nachzudenken, wie kann man die Mauer wenigstens durchlässig machen, um vielleicht für Stunden Menschen wieder auf die andere Seite zu bringen, damit sie ihre Verwandten und Bekannten wieder sehen könnten. Mein Gott, vielleicht könnte es auch mal wieder zu einer gesamtberliner Heirat kommen. Das heißt, wenn wir das so wollten als Ziel, mussten wir mit denen verhandeln, die die Kompetenz hatten, Passierscheine auszustellen. Das heißt, das war der erste Tabubruch. „Mit Gefängniswärtern verhandelt man nicht“, hieß es bis dahin. „Die DDR gibt es gar nicht, ein Nullum.“ Und zwar, der zweite Tabubruch war nicht einmal mit der Ostberliner Lokalverwaltung, der Kommunalverwaltung im Roten Rathaus, sondern mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die wir auch noch nicht so nennen durften. Als wir so weit kamen, haben wir dann angefangen zu überlegen, wenn es zu solchen Verhandlungen kommt, was muss man dann beachten? Erstens: Wir dürfen die Rechte der drei Mächte nicht verletzen, denn die bleiben mit ihren unkündbaren Siegerrechten in Berlin unser einziger Schutz. Das heißt, wir müssen es so machen, dass die drei Mächte dazu Ja sagen. Wir müssen möglichst auch natürlich die Unterstützung der Bundesregierung bekommen. Wir dürfen keinen völkerrechtlichen Vertrag schließen. Wir dürfen nicht so tun, dass Westberlin eine politische Einheit ist, anders als die Bundesrepublik – so ein dritter deutscher Staat. Das heißt, wir mussten lauter Unmöglichkeiten erfüllen. Und ich habe dann mit ein paar Leuten in Schwanenwerder zwei Wochenenden in dem Haus von Axel Springer gegessen und wir haben das theoretisch seminarmäßig durchgenommen. Und als es dann soweit war, dass ein Brief ankam, ich glaube von Abusch, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, an Herrn Brandt, Bürgermeister von Westberlin, hätten wir eine Möglichkeit gehabt, Nein zu sagen – eine Beleidigung! Wir haben aber nicht Nein gesagt. So. Der Brief wurde beantwortet. Heraus kamen Verhandlungen über Passierscheine, die das Unmögliche möglich gemacht haben und auch später noch gedient haben, denn wir hatten ja keine Einigkeit erzielen können zu der Frage, wer sind wir. Wir sind der Senat von Berlin und nicht von Westberlin. Die sind nicht Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, es sind Behörden. Ich will das nicht im Einzelnen weiter ausführen.

Der entscheidende Durchbruch kam, als der Bürgermeister oder Innensenator Heinrich Albertz – von Hause aus ein Pastor –, wie es einem Pastor zukommt, eine salvatorische Klausel gefunden hat: „Über Amts-, Orts- und Behördenbezeichnungen konnte keine Einigkeit erzielt werden.“ Einigkeit konnte erzielt werden, dass wir Passierscheine haben wollten. Das war die Formel, die später auch, als es um die Viermächteverhandlungen in Berlin ging, wieder benutzt wurde, weil ich dann dem Kissinger gesagt habe, eure drei Botschafter können hier noch Monate verhandeln und können sich nicht einigen, wie der Status zu bestimmen ist. Lasst doch das Ganze weg, diesen juristischen Kram. Wir bezweifeln ja nicht, dass ihr kompetent seid, wir bezweifeln ja nicht, dass ihr Rechte habt, redet über die Sache, nämlich über den freien, unbehinderten Verkehr. Das wurde auch gemacht. Wir haben ein seltsames, fabelhaftes, wundervolles Abkommen erreicht: Viermächteabkommen. Worüber das geht steht gar nicht drin. Das Wort Berlin kommt da gar nicht vor, aber keiner zweifelte, worum es ging, nämlich um den Verkehr zwischen da und da. Also

insofern war das ein Vorläufer, wenn Sie so wollen, ein kleines Manöver oder ein kleines Exerzierspiel, für spätere größere Angelegenheiten, es war der Versuch, in einer kommunalen Not ein kommunales Ergebnis, eine kommunale Erleichterung zu schaffen. Schon das wurde leidenschaftlich umkämpft. Der damalige CDU-Bürgermeister hat die Position vertreten, die Wunde muss offen bleiben, und Brandt war der Auffassung, die Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie den Menschen nicht nützt. Kleine Schritte sind besser als große Worte. Aber nochmal: eine kommunale Sache. Und erst zwei Jahre später, als Brandt in einer Situation war, in der er den nationalen Anspruch entwickelte, hat er eine große Rede sehr sorgfältig ausgearbeitet über seinen neuen, anderen Ansatz einer deutschen Außen-, auch Ost- und Sicherheitspolitik. Und bei dieser Gelegenheit wurde ich gebeten, einen Diskussionsbeitrag zu machen, was ich nur machen konnte, indem ich dann einen Punkt aus der Brandt-Rede nahm und ihn exemplifizierte, was das für die beiden deutschen Staaten bedeuten würde. Und daraus kam dann die Formel „Wandel durch Annäherung“. Das war also eine Methodik, das „Sich dem Anderen Zuwenden“, wenn ich ja von dem Anderen etwas will. Es war kein Konzept, das Konzept wurde erst ausgearbeitet, dann im Planungstab zwischen 1966 und '69 in der großen Koalition.